

Weißeritz-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. u.

Kleinstadtzeitung des Bezirks

Bezugspreis: Vierfachjährlich 20 Pf. ohne Zeitung. — Einzelne Nummern 5 Pf. — Fernsprecher: Amt Dippoldiswalde Nr. 3. Gemeindeverbands-Girokonto Nr. 3. — Postleitzahl: Dresden 12548.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Dippoldiswalde

Anzeigepreise: Die Inserationsgebühren
Amtshauptmannschaft 5 Pf. im amtlichen Teil (nur
zum Beibringen die Seite 20 Pf. — Ganzseitig 100
Bekanntmachungen 20 Pf.)

Verantwortlicher Redakteur: Paul Gehne. — Druck und Verlag: Carl Gehne in Dippoldiswalde.

Nr. 199

Sonnabend den 26. August 1922

88. Jahrgang

Amtliche Bekanntmachung.

Umlage-Getreide.

Die Amtshauptmannschaft ersucht die umlagepflichtigen Bandwirte zur Sicherung der Brotdistribution durch Vermittelung der Kommissionäre baldigst

Roggen

auf die Getreideumlage an die Mühlen des Bezirks anzuliefern. Die Anlieferung soll möglichst direkt mit Geschirr erfolgen, um Unkosten zu vermeiden, die brotverleuernd wirken.

Dippoldiswalde, am 22. August 1922.

Die Amtshauptmannschaft.

Vertisches und Sächsisches

Dippoldiswalde. Wie aus dem Inseratenteil unserer vorigen Nummer zu ersehen und wir ja auch schon vor einiger Zeit zuerst mitteilen konnten, findet am nächsten Sonntag, 27. August, der Begeisterungs- und Feuerwehrverband des Amtshauptmannschaft Dippoldiswalde in unserer Stadt statt. Nach dem Empfang der auswärtigen Wehren im „Stern“ wird gegen 1/211 Uhr die Inspektion der Freiwilligen Feuerwehr mit Sturmangriff beider hiesiger Wehren erfolgen. Als Brandobjekt ist das Rathaus gewählt worden. Beim Angriff wird auch die Motorspritze der neuerrichteten Fabrikfeuerwehr des Eisenwerks Schmiedeberg in Tätigkeit treten. — Nach den Beratungen am Nachmittag findet ein Festzug nach der Aue statt. Er wird vom Markt aus über den Kirchplatz, Schuh- und Herrengasse, Oberlorplatz, Altenberger, Freiberger, Bahnhof- und Gartenstraße nehmen. — Wir dürfen wohl die Bitte unserer wackeren Feuerwehr an die Bürgerschaft, dem Tage durch Schmücken der Häuser ein festliches Aussehen zu geben, zu unserer eigenen machen und um möglichst allseitige Teilnahme bitten. — Ein Fußball wird den Tag bekrönen.

Zur Obstzeit. Man esse niemals Obst, ohne daß man es vorher gereinigt habe. Die Bakterienfurcht braucht nicht übertrieben zu werden, aber an den Früchten können auch andere Keime haften, die nachher Krankheiten erzeugen. Oft werden durch unzureichendes Obst Eier des Spulwurms und sonstiger Parasiten auf den Menschen übertragen. Der Wind, die Fliegen, die Käfer und andere Insekten verschleppen solche Keime auf das Obst, während es noch am Baume hängt, und bei gekauftem Obst kann man vollends nie wissen, wer es inzwischen angefaßt hat. Dass man angefaulte Stellen besiegt, ist eine Selbstverständlichkeit. Auch ist wohl bekannt, daß man auf das Obst nicht zu bald Wasser oder sonstige größere Mengen von Flüssigkeiten trinken soll. Ein Bedürfnis dazu liegt eigentlich nicht vor, da das Obst selbst Flüssigkeit in Menge enthält. Menschen mit schwacher Verdauung sollen sich hüten, Kernfrüchte (also Johannisbeeren, Stachelbeeren, Brombeeren) zu genießen oder Kirscherne und dergleichen mit zu verschlucken, da die kleinen Kerne die Darmhäute reizen. Viele Menschen vertragen es auch nicht, wenn sie Obst auf den nüchternen Magen nehmen. Wer in solchem Falle Unbehagen spürt, soll es lieber lassen. Im übrigen aber: Obst ist ein gefundenes Nahrungsmittel, das man nur empfehlen kann, zumal für Kinder. Der Fruchtzucker, die Fruchtsäuren, die Salze, die Vitamine machen die Obstarten zu den besten Mitteln, um einem jungem oder einem geschwächten Körper in die Höhe zu helfen.

Georgensfeld. Die vom Altenberger „Boten vom Geising“ zuerst gebrachte Nachricht vom Verkaufe des hiesigen Sporthotels „Lugsteinhof“ entspricht, wie es jetzt selbst berichtigen muß, nicht den Tatsachen. Es war eine Ente, bei der jetzigen Räte immerhin eine anerkennenswerte Leistung.

Lungtwitz, 24. August. Vor 25 Jahren vernichtete ein Schadensfeuer das über 200 Jahre alte Wohnhaus und die über 150 Jahre alte Scheune des Wirtschaftsbesitzers Hahn.

Ailingenberg. Nächsten Sonntag begehten die hiesigen „Freien Sänger“ ihr 1. Stiftungsfest. Wenn der dortige Korrespondent der „Volkszeitung“ dazu bemerkt, es werde Zeit, daß Ailingenberg auch einmal Freiheilslieder zu hören bekommen, denn in der Schule sei kürzlich noch „Deutschland, Deutschland über alles“ gesungen worden, so scheint er gar keine Ahnung davon zu haben, doch dieses Lied alle Aussicht hat, das „Lied der Republik“ zu werden.)

Dresden. Wie man erfährt, hat die Reichsregierung auf die sächsische Beschwerde gegen die Umwandlung der Eisenbahngeneraldirektion in Dresden in eine Reichsbahndirektion bisher nicht geantwortet. Die Landtage von Baden und

Wüstenberg haben sich bekanntlich für Anrufung des Staatsgerichtshofs in dieser Angelegenheit entschieden, da man in Karlsruhe und Stuttgart die Umwandlung der Generaldirektion als einen Bruch des Staatsvertrags über die Vereinigung der Eisenbahnen ansieht. Wie die Sächsische-Böhmisiche Korrespondenz hierzu ferner noch erfährt, hat sich Sachsen zurzeit noch nicht entschieden, ob es ebenfalls den Staatsgerichtshof anrufen will, da die in erster Linie beteiligten sächsischen Minister bisher auf Urlaub waren. Sachsen dürfte jedoch ebenfalls bald seine Entscheidung treffen, die wohl kaum anders ausfallen wird, als die der beiden beteiligten süddeutschen Staaten.

— Offizielle Sitzung des Kreisausschusses zu Dresden findet Donnerstag den 31. August 1922 vormittags 11 Uhr im Sitzungssaal der Amtshauptmannschaft Dresden, König-Johann-Straße 23 III, statt.

Dresden. Der Rechtsausschuss des Landtages wird zur Beratung der ihm von der Volksversammlung überwiesenen Vorlage 153, betreffend das Volksbegehren, und des dazugehörigen sozialdemokratischen Antrages, betreffend die Verfassungsänderung, am 31. d. M. vormittags zusammengetreten. Die nächste Sitzung des Landtages ist für den 6. September vormittags 11 Uhr in Aussicht genommen.

Pirna. Auf einigen Rittergütern der Amtshauptmannschaft traten am Mittwoch früh die Landarbeiter in einen wilden Streit. Zum Teil wurde die Arbeit wieder aufgenommen, teils dauerte der Streit auch am Donnerstag noch fort. Während wir in Deutschland größte Not leiden und mit Bangen in die nächste Zukunft sehen, wird von einigen Personen ein Streit angezettelt, den selbst die Gewerkschaft nicht unterstutzt. Jeden sind sich die Streitenden über ihre Forderungen selbst nicht im klaren.

Meißen. Der Bezirksausschuss der hiesigen Amtshauptmannschaft hat die Errichtung eines Kinderheims im Wettschliff zu Meißen beschlossen. Das Heim soll etwa 40 Kindern Raum bieten. Die Einrichtungsarbeiten werden mit etwa 200 000 M. berechnet. Die Wasch- und Badeeinrichtung würde etwa 80 000 M. Kosten verursachen. Der Bezirksausschuss bewilligte zunächst ein Berechnungsgeld von 300 000 Mark.

Meißen. Einen Bootsunfall erlitt ein hiesiger Bürger. In der Nähe der Dampfschiffhaltestelle Spaar versogte aus irgendeinem Grunde die Steuerung, das Boot wurde von dem böigen Winde quer zum Strom getrieben und infolge der Windstärke umgeschlagen. Das wertvolle Boot aus Zinkblech versank mit der gesamten Segeleinrichtung. Der Inhaber, ein hiesiger Klempnermeister, der das Boot selbst gefertigt hat, konnte sich aus dem jetzt hochstehenden Wasser durch Schwimmen ans Ufer retten.

Leipzig. Im Hinblick auf die bevorstehende Leipziger Herbstmesse ist die städtische Beherbergungssteuer vom Rat der Stadt Leipzig durch die neue Erhöhung der Berechnungspreise um mehr als die Hälfte herabgesetzt worden.

Geyer. Eine Chemnitzer Gesellschaft, die im Auto unsere Stadt besuchen wollte, fehlte vorübergehend in der an der Ehrenfriedersdorfer Straße gelegenen Restauration „Zur Morgenröthe“ ein. Um seine Gewandtheit im Klettern zu zeigen, stieg der eine der Gäste auf das Dach des Gebäudes, rutschte aus und blieb zunächst mit dem Fuß in der Dachrinne hängen. Hier wieder freikommen, versuchte er nochmals den Dachfirst zu erklommen, rutschte abermals aus und fiel auf die Straße. Der Herr wurde schwer verletzt aufgehoben und mittels Autos dem Thumer Krankenhaus zugeführt.

Göltzsch. Eine tolle Fahrt auf dem Getreidemäher machte der Gutsbesitzer Wilhelm Pietsch in Wenigoscha. Da ihm nach längerer Krankheit das Laufen schwer fällt, wollte er auf der Maschine, die ein Knecht leitete, mit aufs Feld fahren. Er wählte dabei als Sitzplatz die Stelle, an der die vier Abraffeschwügel befestigt sind. Durch einen kleinen Defekt rutschte sich während der Fahrt die Maschine selbst ein, und Pietsch wurde einige Male herumgedreht. Durch das ungewöhnliche Gerassel schauten die Pferde, so daß der unglückliche Sitzhaber im tollen Wirbel herum- und endlich vor das schnatternde Pferd auf den Messertisch geschleudert wurde. Hier saßt ihm ein herabkommender Flügel und warf den Zusammengedruckten wie eine Garbe nach hinten aus der Maschine. Die Pferde galoppierten mit der schweren Maschine davon; der Knecht stürzte herab. Endlich kamen die Pferde, nachdem die Deichsel gebrochen war, bei einem Telegraphenmast zum Stehen. Wunderbarweise ist seinem Teilnehmer an dieser Fahrt etwas geschehen.

Chemnitz. Die Hundeschlachtungen haben um mehr als 100 Prozent zugenommen, denn im zweiten Vierteljahr 1922

wurden nicht weniger als 1216 Hunde gegen 511 im gleichen Zeitabschnitt des Vorjahrs der Schlachtfabrik zugeführt, wovon allein 647, also mehr als die Hälfte, auf die Kreishauptmannschaft Chemnitz entfallen. Wenn die armen Hunde ahnten, daß man bloß deshalb so „heb“ zu ihnen ist, weil man sie nach erfolgter Mästung schlachten und dann als fetten Braten verzehren will!

Mülzen-St. Michael. Die Hilfsaktion für die Ortsarmen hat ein glänzendes Ergebnis gebracht. In unserem Dorfe wurden gesammelt 21 150 M. in bar, 11½ Rentner Roggen, 21½ Rentner Kartoffeln, 1½ Rentner Weizenmehl, 19 Rentner Kohlen, 20 Pfund Rüdeln, für 20 Franken Kleiderstoffe und Stoffe für 15 Herrenanzüge. Demnach erhalten die vom Hilfsausschuß ausgewählten hilfsbedürftigen Personen einen nennenswerten Geldbetrag, pro Person und Woche vom Herbst bis zum Frühjahr je 3 Pfund Brod, Kartoffeln usw.

Dölsnitz i. B. Am Spätabend des Montag hatte das Staatsauto noch eine Sonderfahrt nach Edmath auszuführen. Auf der Rückfahrt verlief der Motor. Nach den Versuchungen des Motorfahrers schien der Motor auch wieder anzuspringen, explodierte aber bald darauf und der Wagen verbrannte bis auf die Eisenenteile. Der Schaden wird auf 1 Million geschätzt. Personen sind nicht verletzt. — (Auch am Motor des Kraftwagens der Linie Zinnwald-Ripsdorf geriet in diesem Sommer einmal etwas in Brand. Zum Glück war ein Sandhausen in der Nähe, den der Wagenfahrer zum Löschens benutzte, sodass größeres Unheil verhütet wurde.)

Adorf i. B. Der hiesige Turnverein feiert am kommenden Sonntag das Fest seines 60-jährigen Bestehens und Fahnenjubiläums.

— In der Nacht zum Sonnabend, 19. August, wurden zwischen Adorf und Bad Elster von zwei Zollbeamten drei Personen angehalten, die Pakete trugen. Beim Öffnen der Pakete fand man Schmucksachen in Gold und Silber, die wahrscheinlich über die Grenze geschafft werden sollten. Von der Landeskriminalpolizei in Plauen ist festgestellt worden, daß die beschlagnahmten Schmucksachen zu den in der Nacht zum 16. August bei dem Uhrmacher Hermann in Dölsnitz i. E. gestohlenen Waren gehören. Die festgenommenen Paketräger sind die Bauarbeiter Richard Selmann und Johannes Gräbner aus Dölsnitz i. E. und Johannes Kornhäuser aus Hohenstein-Ernstthal. Selmann und Gräbner sind bereits als die in Frage kommenden Diebe festgestellt.

Brambach. Über den gemeldeten Unfall auf den Höhenalpen einer Bahnlinie im Dienstzimmer durch zwei Männer wird noch berichtet: Der Gendarmerei ist es jetzt gelungen, die Angelegenheit aufzuläutern. Der Bahnbeamte, ein 23 Jahre alter Mann Namens Kratzsch aus Plauen, hat den Unfall erfunden und ist der Staatsanwaltschaft in Plauen zugeführt worden. Für die Wiedererlangung des Geldes hat die geschädigte Firma 40 000 Mark Belohnung ausgesetzt.

Hammerbrück. Am Sonnabend und Sonntag fand unter zahlreicher Teilnahme der Ortsbewohner und auswärtiger Turner die Weihe der mit einem Kostenaufwand von etwa 500 000 M. ausgeführten neuen Turnhalle des Turnvereins statt. — Das Getreide steht hier noch völlig grün auf dem Halm und bei der feuchten Witterung ist an ein Reisen und eine Ernte noch nicht zu denken.

Zittau. Das Martyrium eines Hundes, der wochenlang ohne jede Nahrung und ohne Wasser gewesen ist, erregte auf dem hiesigen Bahnhof begreifliches Aufsehen. Eine aus Polnisch-Oberschlesien ausgewiesene und im Durchgangslager Polisch untergebrachte deutsche Familie ließ ihre mitgebrachte Habe, die sie am 28. Juli d. J. in ihrer alten Heimat verladen hatte, am Bahnhof Zittau zollamtlich zur Einfahrt nach Deutschland absertigen. Beim Öffnen des Wagens sprang der Umziehende der bei der Ausreise aus Polen auf unerklärliche Weise abhanden gekommene, zum Skelett abgemagerte Hund entgegen. Dem freudig begrüßten Tiere war es kaum möglich, sich auf den Beinen zu halten. Ein Versuch, sich hinter den Ohren zu schatten, mischlang ihm, da ihm die Kräfte mangelten. Da der Wagen zollamtlich geschlossen war und sich nach Angabe der Überlebenden keinerlei Lebensmittel in dem Wagen befunden hatten, so ist dem Hund eine 21-tägige Hungerkur beschieden gewesen. Das Frühstück aus den Händen der Zollbeamten und ein Topf frisches Wasser unterbrachen zuerst die lange Qual des Tieres.

* In einer Nacht 4 Millionen Kronen verjubelt. In Graz hat ein Räuber, der 2 Werkbeamte überfiel und diesen den Betrag von 8 700 000 Kronen raubte, die zur Auszahlung für die Arbeiterschaft bestimmt waren, in einer Nacht davon in verschiedenen Vergnügungslokalen nahezu 4 Millionen verjubelt. Der Räuber konnte verhaftet werden.

Der neue Ausverkauf.

Der ungeheure Marsturz hat nicht nur eine ebenso ungeheure Teuerung im Gefolge gehabt. Es hat wiederum ein neuer riesengroßer Ausverkauf Deutschlands begonnen. Hunderttausende von Ausländern sind besonders in die Grenzgebiete eingedrungen und kaufen alles auf, was nicht niet- und nagelfest ist. Um so schlimmsten ist das besetzte Gebiet heimgesucht. Die Geschäfte haben fast einheitlich zur Abwehr dieses Ausverkaufs die Preise für Ausländer um 100–200 Prozent erhöht. Umsonst. Nun sind sie zum Teil dazu übergegangen, an Ausländer überhaupt keine Ware mehr abzugeben. Zum Teil schließen sie die Geschäfte oder öffnen sie nur für einen paar Stunden am Tage. Es ist begreiflich, daß die arbeitende Bevölkerung besonders in den großen Städten des Rheinlandes von der Regierung und den Stadtverwaltungen die energetischen Abwehrmaßnahmen fordert. Es sind Verhandlungen im Gange, in den Schutz gegen diesen neuen Ausverkauf Deutschlands, der alles bisher Dagewesene übertroffen, eine gesetzliche Einheitlichkeit zu bringen. Alle Maßnahmen aber werden ein großes Loch haben: für die Besatzungsstruppen darf ein Teuerungsauflauf nicht erhoben und auch die Ubgabe von Waren nicht verweigert werden. Die Ausländer kaufen denn auch schon bereits mit Hilfe und durch Vermittlung der Besatzungsstruppen.

Eine sehr beliebte und ausgiebig benützte Einfallspforte in das besetzte Gebiet geht durch Luxemburg. Trier ist ebenfalls von hamsternden Ausländern über schwemmt. An der nahen Grenze müssen die deutschen Gendarmen einen außerordentlich scharfen Wachdienst ausüben. Der Erfolg ist durchaus lohnend.

Über Sachsen ergiebt sich aus der Tschechoslowakei der Strom der warenhungenden Tschechen. Ebenso in die benachbarte Provinz Schlesien, besonders in den zunächst gelegenen Kreis Hirschberg. Die Behörden haben bereits eine verschärfteste Kontrolle des Ausländerverkehrs angeordnet. Alle Ausländer ohne vorgeschiedenen Pass und Schwermerk oder im Grenzzollgebiet ohne Grenzauflauf angekommen, sollen angehalten werden; gefälschte Waren aber verfallen der Beschlagnahme. Diese Maßnahmen jedoch werden nur die kleinen Hamsterer treffen. Ein erfolgreicher Kampf gegen den Ausverkauf Deutschlands kann nur geführt werden durch einheitliche Abwehr der ganzen deutschen Geschäftswelt. Die tschechische Regierung gedenkt, die Gütervermehrung zur Einzelserlaubnis aus der Tschechoslowakei erheblich einzuschränken. Hoffentlich nicht zu spät.

Inzwischen wächst der Strom der kaufenden Ausländer im Herzen Deutschlands von Tag zu Tag. Ein Gang durch die großen Geschäfte und Warenhäuser Berlins zeigt, daß mehr Ausländer kaufen als Deutsche. Auf dem Gebiet der Herren- und Damensiedlung werden fast nur mehr Weltmarktpreise gefordert. Die richten sich durchaus nach dem Stand des Dollars: Fertige Anzüge von etlicher Qualität kosten bereits 15 bis 30 000 Mark. Die Preise steigen von Tag zu Tag. Wie wir Deutsche die Winterbekleidung bezahlen sollen, ist einfach ein Rätsel. Unsere Ansicht nach ist hier nur durch generelle Sondermaßnahmen der Regierung und durch Polizeivorschriften Abhilfe zu schaffen, dergestalt, daß die Waren, die noch im Inlande sind, zu einigermaßen erträglichen Preisen von der deutschen Bevölkerung gekauft werden können. Was nach dem heutigen oder gar zukünftigen Stande des Dollars berechnet wird, wird unerschwinglich für uns sein. Watum soll das Vorhaben billiger ins Ausland gehen und das später viel Teurer für uns Deutsche da sein? Denn sobald die Preise dem steigenden Dollar nachgestiegen und die Weltmarktpreise einigermaßen erreicht haben, hören die Käufe des Auslandes auf. Das Wort des Kanzlers: erst Brot, dann Reparationen, muß sinngemäß eingewandert werden. Wir dürfen uns nicht bis aufs Hemb ausplündern lassen, weder durch Reparationen noch durch „produktive Pfänder“, noch durch die kaufenden Ausländer, die unser Elend ausbeuten wollen.

Deutschlands Hilfsbereitschaft.

Abreise des österreichischen Bundeskanzlers nach Italien.

Der österreichische Bundeskanzler Dr. Selpel und der ihn begleitende Finanzminister Segur haben Berlin verlassen und sind nach Rom abgereist, wo sie mit dem italienischen Außenminister Schanzer eine Zusammensetzung haben werden.

Die Besprechungen mit der deutschen Reichsregierung trugen den Charakter einer herzlichen nachbarlichen Freundschaft. Sie ergaben vollkommen Übereinstimmung darüber, daß Österreich bis zur Erledigung der Kreditfrage trachten müsse, durch wirtschaftliche Maßnahmen, bei denen es natürlich auf die Unterstützung seiner Nachbarn angewiesen ist, in der Weisheit über die gegenwärtigen Schwierigkeiten hinwegzukommen.

Auf deutscher Seite wurde die Bereitwilligkeit hervorgehoben, im Rahmen des eigenen Vermögens dem bedrängten Österreich, wenn irgend möglich, Hilfe zu leisten. Weitere Verhandlungen über die sich dabei ergebenden Einzelaufgaben werden sich an die Berliner Besprechungen anschließen.

Vor der Abreise der österreichischen Minister stand in der österreichischen Gesandtschaft ein Presseempfang statt, bei dem der Bundeskanzler Dr. Selpel ausführte, daß vor dem Abschluß der Informationsreise von einer politischen Neuorientierung Österreichs nicht die Rede sein könne. Es sei ein besonderes Zusammentreffen, daß sein Besuch gerade in der Zeit erfolge, in der die für Deutschland so wichtige Entscheidung in der Reparationsfrage fallen soll, und er wisse auf richtigen Dank dafür, daß die Regierung des großen Deutschen Reichs, das den Österreichern nicht nur dem Blute, sondern auch dem Herzen nach am nächsten steht, trotz der eigenen schweren Sorgen Zeit für die Notlage Österreichs gehabt habe. Im Anschluß an die

Ausführungen des Bundeskanzlers formulierte der österreichische Finanzminister Segur den Zweck der Reise dahin, daß es sich nicht um die Erlangung einer augenblicklichen Hilfe, sondern in der Hauptsache um die Einholung von Informationen darüber handele, welche Aussichten sich für Österreich in der nächsten Zukunft ergeben.

Frankreich gegen den Anschluß.

Der Wiener Berichterstatter des „Temps“ drückt, er erfährt aus guter Quelle, daß die französische Regierung Benesch gebeten habe, dem Kabinett Seipel alle mögliche Hilfe angedeihen zu lassen, um die politische und wirtschaftliche Existenz Österreichs zu retten. Ein australischer französischer Stelle wird erneut betont, daß Frankreich noch wie vor gegen einen Anschluß Österreichs an Deutschland ist und daß auch die italienische Regierung den französischen Standpunkt durchaus teilt.

Aufhebung der „Retorsionen“.

Über die Aussetzungen bleiben bestehen.

Wie die Pariser Blätter bereits ankündigten, hat sich die französische Regierung jetzt endlich zur Aufhebung der rechtswidrigen Retorsionen entschlossen, allerdings will sie nur die Beschlagnahme des deutschen Eigentums in Elsaß-Lothringen rückgängig machen, die Aussetzungen selbst sollen auch weiterhin in Kraft bleiben.

Berichtet durch den einstötlichen Protest der Elsaß-Lothringischen Handelskammer hat der Generalkommissar von Straßburg den Ministerpräsidenten Boinecarde auf die schweren Schäden aufmerksam gemacht, die dem Elsaß-Lothringischen Wirtschaftsleben aus der Sequestrierung der deutschen Güthaben in Banken und Finanzinstituten erwachsen sind. Auf Grund dieser Vorstellungen hat sich Boinecard zur Zurücknahme der von ihm in Elsaß-Lothringen verfügten Maßnahmen entschlossen, zumal auch, wie der amtliche Bericht des Generalkommissariats sagt, „die Frage der Ausgleichszahlungen aus dem Wege zu einer gültlichen Lösung setzt“. Infolgedessen wird die den Banken mitgeteilte Verpflichtung, die deutschen Güthaben zurückzuhalten, aufgehoben werden. Die Maßnahmen gegen die Deutschen, die am 12. August ausgewiesen wurden, bleiben bestehen. Über den Termin, an dem die Verfügungen hinsichtlich der Bankzuthaben aufgehoben werden, werden feinerlei Angaben gemacht. Die französische Regierung hat sich bekanntlich auf den Standpunkt gestellt, daß frühestens nach der Rückkehr der Reparationskommission aus Berlin eine Anerkennung eintreten könne.

Die Aufrechterhaltung der Aussetzungen bestätigt die Auffassung, daß die angebliche Verfehlung Deutschlands in der Ausgleichsfrage von der französischen Regierung lediglich als Vorwand benutzt wurde, um die „unrechtslosen“ Deutschen über den Rhein abschieben zu können.

Die Verständigung mit Bayern.

Errichtung eines süddeutschen Senates beim Staatsgerichtshof.

Nachdem sowohl die bayerische Regierung wie die Koalitionsparteien die letzten ergänzenden Berliner Abmachungen endgültig angenommen haben, hat der bayerische Ministerrat die Aufhebung der bayerischen Sonderverordnung beschlossen. Ein Termin zur Aufhebung der bayerischen Sonderverordnung ist bisher noch nicht bestimmt worden, doch soll sie in den nächsten Tagen erfolgen, so daß der Konflikt zwischen Bayern und dem Reich damit eine endgültige Lösung gefunden hätte.

Gleichzeitig wurde in München der amtliche Bericht über die Verhandlungen Bayerns mit dem Reich veröffentlich. Als wichtigster Punkt der Vereinbarungen ist die Errichtung eines süddeutschen Senates beim Staatsgerichtshof anzusehen. Die Ernennung seines Mitglieder erfolgt nach Benehmen mit den beteiligten Landesregierungen. Ihnen werden drei bayerische Landesrichter und eine entsprechende Zahl bayerischer Reichsgerichtsräte angehören. Als Landesrichter können ausschließlich oder zum Teil Personen vorgeschlagen werden, welche die Fähigkeit zum Richteramt besitzen. Der Senat kann auf Grund eigener Beschlusssfassung nach Belieben auch an einem süddeutschen Hof tagen.

In den Fällen, in denen die Zuständigkeit des süddeutschen Senates gegeben ist, wird das Voreinigungsrecht vom Reichspräsidenten im Benehmen mit der Landesregierung oder auf deren Anregung ausgeübt. Hierher wird ein bayerischer Beamter der Reichsjustiz als Referent des Oberrechtsamts bestellt. Straffällen sollen in der Regel an die ordentlichen Gerichte überwiesen werden.

Es wird außerdem erneut ausdrücklich versichert, daß die Hoheitsrechte Bayerns nicht angeastet werden dürfen. Darüber hinaus wurde zugesagt, daß die Reichsregierung von den noch nicht ausgeübten Zuständigkeiten nicht ohne Rot und nicht ohne Zustimmung des Reichsrats Gebrauch machen werde, und daß sie nicht willens sei, bisherige Aufgaben der Länder in die Verwaltung des Reichs durch neue Reichsmittel- oder Reichsunterbehörden zu übernehmen. Bayern hat erklärt, daß an seinem grundlegenden Standpunkt zu den Schutzgesetzen nichts geändert werde, und daß namentlich der Staatsgerichtshof kein ordentliches, sondern ein außerordentliches Gericht sei, dessen baldigste Wiederbesetzung dringend notwendig erscheine.

Der Tod Collins.

Die Einzelheiten des Mordes.

Die Londoner Presse bringt jetzt Einzelheiten über die Ermordung Michael Collins, des Oberbefehlshabers der irischen Freistaatarmee und Ministerpräsidenten der vorläufigen Regierung Süddislands. Danach befand

im Vorrat auf einer Beleidigungstrete in der Grafschaft Cork. Am Dienstag wollte er sich in Begleitung von Generalmajor Dalton und zwei anderen Offizieren in einem offenen Automobil von Bandon nach Macroom begeben. In einem zweiten Automobil folgte eine Eskorte. Kurz vor dem Eingang von Macroom wurde aus dem Hinterhalt eine Salve von verdeckten Freischäfern gegen sie abgegeben. Von der ersten Salve wurde niemand verletzt, und Collins und seine Begleitung suchten sofort Deckung und erwiderten das Feuer der Angreifer. Nachdem die Schleierei, an der auch Collins sich persönlich beteiligte, etwa eine halbe Stunde andauert hatte und die Angreifer sich gerade zurückziehen wollten, fiel Collins, durch einen Kopfschuß tödlich verwundet. Kurz darauf starb er, nachdem er noch zu seiner Begleitung gesagt hatte: „Bereit Ihnen!“

Die Leiche Collins wird mittels Schiff von Cork nach Dublin befördert werden; er wird ein Begräbnis auf Staatskosten mit allen militärischen Ehren erhalten. In ganz Irland herrscht über die Mordtat, die den Freistaat seines hervorragendsten Führers beraubt, die größte Bestürzung. In Dublin sind zum Zeichen der Trauer alle Löden geschlossen. Das Generalstabskommando der irischen Armee veröffentlichte sofort einen Befehl, in dem die Offiziere und Mannschaften angewiesen werden, das Andenken an Collins nicht durch grausame Wiederbelästigungsmethoden zu bestreiten.

Das Verteil der englischen Regierung.

Lloyd George hat ein Telegramm an den amtierenden Vorsitzenden der irischen provvisorischen Regierung gerichtet, in dem er sein tiefes Bedauern über die Tat ausspricht. Die Londoner Blätter weisen darauf hin, daß das vor kurzem erfolgte Ableben Griffiths und die Ermordung Collins schweren Schläge für den jungen irischen Freistaat bedeutet. Beide waren die Hauptunterzeichner des Londoner Abkommens auf irischer Seite und führten innerhalb des irischen Parlaments den Kampf für das Abkommen fort. Seit Beginn der von de Valera geleiteten Unabhängigkeitsbewegung hatte Collins die Führung des irischen Freistaates übernommen. Bei dem Mangel an führenden Persönlichkeiten werde die Wahl eines Nachfolgers schwierig sein.

Der Nachfolger Collins.

Wer der Nachfolger Collins sein wird, ist noch unbestimmt. Die Führerschaft wird entweder auf Douglas, den einzigen von den Unterzeichnern des anglo-irischen Vertrages, der noch Mitglied der provvisorischen Regierung ist, oder auf Alderman Gasgrave fallen, der der amtierende Vorsitzende der provvisorischen Regierung ist. Das Kommando der irischen Armee wird wahrscheinlich auf den General Richard Malachy übergehen, der in einer Proklamation an die Armee seinen Entschluß ausgedrückt hat, das unvollendete Werk Collins' im Felde zu Ende zu führen.

Politische Rundschau.

Berlin, 25. August 1922.

Ministerpräsident Braun und Landwirtschaftsminister Dr. Wendorff werden sich in der nächsten Woche ins Rheinland und ins besetzte Gebiet begeben.

Der deutsche Botschafter Dr. Mayer ist nach seinen Berliner Besprechungen mit dem Reichskanzler wieder in Paris eingetroffen.

Die erbbare Ausfuhrabgabe soll voraussichtlich schon am 1. September in Kraft treten.

Das Reichsministerium des Innern gehen das Ausführungsgesetz zum Artikel 48 der Reichsverfassung über die Verhängung des Ausnahmestandes und das neue den gegenwärtigen Verfassungsworten angepaßte Reichsverfassungsgesetz ihrer Fertigstellung entgegen.

Die Rheinlandkommission hat den von deutscher Seite gestellten Antrag auf Abholung der Bruchstücke der deutschen Post-, Polizei- und Feuerwehrbeamten in Uniform gegenüber den Fahnen und Offizieren der an der Besetzung beteiligten alliierten Mächte abgewiesen.

Der frühere langjährige Reichstagabgeordnete und Führer der Deutsch-Hannoveraner, Freiherr von Schlele, ist in Hannover gestorben.

■ Aufhebung der bayerischen Notverordnung. Wie amlich aus München gemeldet wird, ist die aus Anlaß der Schutzgebotung seitens der Reichsregierung von der bayerischen Regierung erlassene Notverordnung vom 24. Juli mit Wirkung vom 24. August aufgehoben worden.

■ Die Schwierigkeiten der Getreideumlage. Für Dienstag kommender Woche ist der volkswirtschaftliche Ausbau des Reichstages zu einer Sitzung einberufen worden, um zu Fragen der Getreideumlage Stellung zu nehmen. Wie verlautet, wird angeblich der in vielen Teilen des Reiches schlechten Getreideernte und der Schwierigkeiten, die sich daraus für die Landwirtschaft hinsichtlich der Ableitung des Umlage-Golds ergeben, im Reichsnährungsministerium der Gedanke einer Erhöhung des Preises für Markenbrot erwogen. Nach einer Erklärung des preußischen Landwirtschaftsministers Dr. Wendorff stehen der Durchführung der Getreideumlage großfachliche Hindernisse im Wege, einmal die ungleiche und teilweise sehr schlechte Ernte, zum andern die festgesetzte Umlagepreis, der bekanntlich 6900 Mark für die Tonne beträgt, während jetzt im freien Verkehr bereits mindestens 1500 Mark für den Zentner bezahlt würden. Jedenfalls sei die preußische Regierung ausschließlich tätig, um die Brotversorgung wenigstens in dem gesetzlichen Umfang sicherzustellen.

■ Neue Zeitungsverbote. Die „Hamburger Volkszeitung“ ist auf Grund des Gesetzes zum Schutze der Republik auf vier Wochen polizeilich verboten worden, ebenso hat der Oberpräsident von Westfalen, Bronowski, die Kommunistische „Westfälische Arbeiterzeitung“ in Dortmund und das Hagenener „Arbeiterzeitung“ wegen Beschimpfung der bayerischen Regierung auf drei Wochen verboten. Der Oberpräsident der Provinz Hannover hat das „Göttinger Tageblatt“ auf die Dauer von zwei Wochen verboten.

tretet. Sie sieht baldchen unter der Sonnenschein glänzender Posten an und schickt sie unter sicherer Bedeckung nach den Städten des Ostens, wo sie in Dorems verschwinden und sehr oft ihr Glück machen, wenn sie — klug sind. Diese Baron ist sehr schön, warum sollte sie nicht auch ihr Glück auf diese Weise machen? Jedenfalls kann sie Ihnen dann nie mehr gefährlich werden."

"Um, die Idee ist nicht schlecht. Und ich gönne ihm dochmut diese — Karriere! Aber nun noch zu etwas Wichtigerem: Werden Sie den Weg nach Benloway bei Nacht finden?"

"Ich hoffe es. Man zweigt eine Viertelstunde vor Kolarföhl lins ab und hat ungefähr drei Stunden im ganzen zu fahren?"

"Ja. Die Anstalt Dr. Beigstock liegt auf einer Anhöhe unmittelbar vor Benloway. Es ist ein villenartiger Bau, von einem großen Garten und einer hohen Mauer eingeschlossen. Sie werden es leicht erkennen, denn es gibt kein ähnliches Gebäude ringsum. Das Eingangstor liegt gegen die Straße zu, ist aber natürlich immer verschlossen. Man wird Sie dort erwarten. Sollte niemand am Tor stehen, so müssen Sie dreimal hintereinander läuten. Das ist das Geheim, daß kein Unberufener eindringen will."

"Dann ist ja alles geordnet."

"Allerdings. Und nun will ich noch rasch das Billet an Parkinson schreiben, damit Sie morgen früh Paul gleich damit wegziehen können. Kommen Sie mit mir hinab, ich schreibe es unten in meinem Zimmer. Zur Gräfin soll ich also heute nicht mehr?"

"Keinesfalls. Es ist auch gut, wenn sie morgen zu Bett bleibt, — der Amerikaner könnte immerhin auf die Idee kommen, sich zu erkundigen, ob sie wirklich krank ist. Auch liegt übermorgen wieder eine schwere Aufgabe vor ihr, und es wird gut sein, wenn sie dafür Kräfte sammelt."

"Nun, hoffentlich ist es die letzte Anforderung, die wir in dieser Richtung an ... tun müssen."

Die beiden Männer nebenan entfernten sich und Silas Hempel verließ wenige Minuten später gleichfalls seinen Lauschervorposten, indem er sich über die kleine Treppe entfernte.

Sein Gesicht strahlte. Was er gehört hatte, übertraf weitauß seine Erwartungen.

(Fortsetzung folgt)

Drucksachen für Gemeindebehörden druckt Carl Jähne.

Letzte Nachrichten

Frankreich besteht auf seiner Priorität
in den Reparationen.

Paris, 24. August. Der Chefredakteur des "Matin", Senator Henry de Jouvenelle, veröffentlichte heute in Form einer singulären Unterredung zwischen Lloyd George und Poincaré französische Vorschläge zur Lösung des Reparationsproblems. Frankreich könnte England nur durch die Überweisung seiner Forderungen gegenüber Deutschland bezahlen. Für jedes Pfund Sterling, das Frankreich England schuldet, würde es ihm ein Pfund Sterling der französischen Forderungen an Deutschland überweisen. Dann wäre es Englands Sache, den deutschen Schuldner zu verfolgen oder nicht zu verfolgen. Würde die Verfolgung unterbleiben, so wäre damit die deutsche Schuldsumme herabgesetzt. Würde die Verfolgung stattfinden, so wäre dies eine Angelegenheit zwischen England und Deutschland. Vor allem aber müsse Frankreich fordern, daß für die Wiederherstellung der zerstörten Gebiete eine Priorität gesichert wäre und daß dann erst die Lösung der Rückverstaltung der alliierten Schulden erfolge. Dadurch gliederte sich die französische Forderung gegenüber Deutschland in zwei Teile. Der eine Teil käme den zerstörten Gebieten, der andere der Schuldentzuladung zugute. Nur der erste Teil der Forderungen solle sofort in Form interalliiierter Anleihen, die auf etwa 10 Jahre verteilt werden sollen, begeben werden. Jouvenelle führte fort, daß die Deutschen immer wieder betonen, welche Geldangebote ihnen gemacht würden. Der Direktor der Metallgesellschaft in Frankfurt a. M. habe einige Tage vor der Konferenz in Genf gesagt, daß die Engländer den Deutschen nachließen, um ihnen Geld zu verborgen. Auch aus Amerika und aus den neutralen Ländern ließen fortwährend Angebote ein, die auf die Gewährung von Anleihen hinauslaufen. Eine Lösung des Reparationsproblems würde sich ermöglichen lassen, wenn England auf seine 22 Prozent gegenüber Deutschland verzichte und seine Pensionen selbst bezahle, was es leichter als Frankreich tun könnte, weil seine Bevölkerung größer sei und auch weniger Tote und Verletzte als Frankreich habe. Hauptsächlich aber müsse man darauf dringen, daß Frankreich eine Priorität bei allen Zahlungen bekomme, wodurch der Friede sich wieder herstellen lasse.

Ablehnung ohne Begründung.

Die Rheinlandkommission übt im besetzten Gebiet eine blinde Willkürherrschaft aus, die die Interessen der Bewohner oder gar ihren Willen nicht berücksichtigt, sondern bedenkenlos mit Füßen tritt. Den politischen Parteien, die sich für das Verbleiben des Wiesbadener Regierungspräsidenten Momms eingesetzt hatten, hat die Rheinlandkommission einen ablehnenden Bescheid zukommen zu lassen, ohne es für nötig zu befinden, irgendwelche Begründung abzugeben. "Wir sind die Sieger — und damit basta."

Die französische Antwort an England zur Orientsfrage.

Paris, 24. August. Die französische Regierung hat auf die leise englische Note hinsichtlich einer Orientkonferenz geantwortet. Frankreich erklärte sich einverstanden mit Venedig oder einer anderen italienischen Stadt als Verhandlungsort und überlässt die Festlegung des Zeitpunktes dem englischen Außenamt. Die französische Regierung wird sich, wie vereinbart, durch ihren Oberkommissar in Konstantinopel bei den Verhandlungen vertreten lassen. Angora, Athen und Konstantinopel sollen aufgefordert werden, ihre Vertreter zu der Konferenz zu entsenden. In den Hauptfragen aber ist die französische Regierung nach wie vor anderer Meinung als England. Die Note erklärt, daß Frankreich die türkischen Forderungen, die in den Friedens-

vorschlägen vom 28. März berücksichtigt worden seien, nach wie vor unterstützt, nämlich, daß vorher die Hauptlinien des Friedens von den Türken angenommen werden, Griechenland Kleinasiens vollständig zu räumen habe. Unter diesen Umständen wird das englische Außenamt nicht so bald das Datum festsetzen, und die Verhandlungen über die Orientsfrage dürfen weiterhin vertagt werden.

Das Schicksal des Memelgebietes.

Zu der Note des litauischen Außenministers, durch welche die litauische Regierung die Angliederung des Memelgebietes an Litauen fordert, erschien mir von zuständiger Stelle: Die Note ist zweifellos gerade deshalb abgegangen, weil das Schicksal des Memelgebietes vor der Entscheidung steht. Auf diese Entscheidung ist Deutschland leider ohne jeden Einfluß, obwohl die Stadt Memel eine alte deutsche Gründung ist und das überwiegend deutsche Memelgebiet nahezu 500 Jahre zum preußischen Staate gehört hat. Nach Artikel 99 des Verfailler Vertrages hat Deutschland vorbehaltlos auf das Memelgebiet verzichten müssen, so daß nicht einmal die formelle Möglichkeit zu Noten und Protesten geblieben ist.

Gegenwärtig weilt der Beauftragte der Botschafterkonferenz, der französische Senator De Donzier, im Memelgebiet, um ein Gutachten für deren Entscheidung zu erstatten. Es ist längst bekannt, daß der grohe Mehrheit der Memelbevölkerung der Anschluß sowohl nach Polen wie nach Litauen mit aller Kraft widerstrebt. Da eine reale politische Möglichkeit für den von ihr gewünschten Anschluß an Deutschland zurzeit nicht besteht, bleibt nur der freiheitliche Gedanke bestehen, der natürlich praktisch und politisch auch große Bedenken hat. Immerhin ist es nicht unmöglich, daß die Memelbevölkerung den Freistaatgedanken durchsetzt, wenigstens hat sich De Donzier in diesem Sinne geäußert, vorausgesetzt, daß Polen und Litauen im Freistaat Memel ausreichende Haftengelegenheit erhalten. Mit der Ausarbeitung von Vorschlägen in dieser Richtung ist gegenwärtig der Memeler Staatsrat beschäftigt.

Optimistischere Stimmung in Paris?

Paris, 25. August. Die pessimistische Stimmung der hiesigen Kreise hinsichtlich der Berliner Verhandlungen ist durch den neuen deutschen Vorschlag, die deutschen staatlichen Bergwerke und Forsten der Kontrolle einer amerikanischen Kommission zu unterstellen, ziemlich behoben. Jedenfalls glaubt man die Gefahr eines Abbruches der Konferenz bestätigt. Über die Haltung Frankreichs dem neuen deutschen Angebot gegenüber findet sich in der Presse heute keinerlei Andeutung. Es wird lediglich erklärt, Mauleure und Breeburn würden dem Reichskanzler heute darüber eine Antwort erzielen. Hingegen bemüht man sich, den Kompromisvorschlag, eine Garantie von 50 Millionen Goldmark für Rückstände bei den Holz- und Kohlenlieferungen, die von den Morgenblättern noch als lächerlich bezeichnet worden war, trotzdem nicht aus den Augen zu lassen.

Belgien und der Böllerbund.

"Nicht genügend antideutsch."

Die belgische Regierung hat ihren dritten Delegierten beim Böllerbundesrat, den sozialdemokratischen Senator Lafontaine, seines Mandats entheben, weil er im Böllerbundesrat nicht genügend antideutsch aufgetreten sei. Bei dem Kongreß der Böllerbundesvereinigung in Prag verteidigte Lafontaine die Zulassung Deutschlands zum Böllerbund und war auch für das Selbstbestimmungsrecht der Minderheiten. Die sozialdemokratische Partei soll nun einen anderen Vertreter namhaft machen. Der Parteivorstand hat indessen beschlossen, daß der Nachfolger des Senators Lafontaine auch dessen Standpunkt zu verteidigen hätte, nämlich die Zulassung Deutschlands zum Böllerbund und die Respektierung des Willens der Minoritäten.

Kirchen-Nachrichten.

11. Sonntag nach Trinitatis, den 27. August 1922.

Text: Röm. 1, 18—25. — Lied: 230.

Dippoldiswalde. 8 Uhr Beichte und heiliges Abendmahl in der Sakristei; Pfarrer Moes, 9 Uhr Predigtgottesdienst; derselbe. 11 Uhr Unterredung mit den Jünglingen.

Hennersdorf. 9 Uhr Predigtgottesdienst. 10 Uhr Kinder-gottesdienst.

Schönsfeld. 2 Uhr Predigtgottesdienst. 3 Uhr Kinder-gottesdienst.

Johnsbach. 1/2 9 Uhr Predigtgottesdienst.

Kipsdorf. 5 Uhr Predigtgottesdienst; Pfarrer Gilbert-Schellerhau.

Kreischa. 8 Uhr Beichte und Feier des heiligen Abendmahls.

9 Uhr Predigtgottesdienst. 1/2 4 Uhr Taufgottesdienst.

Pößnitz. 1/2 9 Uhr Beichte und Abendmahlfeier; Pfarrer Nadler. 9 Uhr Predigtgottesdienst; derselbe. 1/2 11 Uhr Kinder-gottesdienst; derselbe.

Reichenbach. 1/2 9 Uhr Predigtgottesdienst. 10 Uhr Kinder-gottesdienst.

Ruppendorf. 1/2 9 Uhr Predigtgottesdienst; Pfarrer Elb-Selßendorf.

Sabitzdorf. 9 Uhr Predigtgottesdienst. 10 Uhr Kinder-gottesdienst. 2 Uhr Taufgottesdienst.

Völkendorf. 1/2 12 Uhr Predigtgottesdienst in der Kapelle.

Schellerhau. 9 Uhr Predigtgottesdienst und Wimpelweihe (Jungmännerverein).

Schmiedeberg. Abends 8 Uhr Predigtgottesdienst; Pfarrer Gilbert-Schellerhau.

Dienstag den 29. August 1922.

Schmiedeberg. Abends 8 Uhr Bibelstunde im Pfarrhaus.

Baptistengemeinde Schmiedeberg. (Villa Ida.) Jeden Sonntag 1/2, 1 Uhr Gottesdienst. 10%, 1/2 Uhr Sonntagschule. 4/5 Uhr Gottesdienst. — Jeden Donnerstag 7/8, 1 Uhr Bibelstunde.

Schlachtviehprixe auf dem Viehhof Dresden

am 24. August 1922.

Auftrieb Wertklassen Preise für 50 kg in M. I Lebend. Schlacht-Gewicht

4. 1. Vollfleischige, ausgemästete, höchstens 6 Jahre Durchschnittspreis 5300—5500 93,50

2. Vollfleischige Jungiere 4900—5100 91,—

3. Mäßig genäherte Jungiere und gute 4100—4600 83,75

genäherte ältere 3200—3900 79,—

4. Gering genäherte 3200—3900 79,—

„ Kalben und Rühe. 104,—

B. Bullen.

2. 1. Vollfleischige, ausgemästete höchsten Schlachtwertes 5300—5500 93,50

2. Vollfleischige Jungiere 4900—5100 91,—

3. Mäßig genäherte Jungiere und gute 4100—4600 83,75

genäherte ältere 3200—3900 79,—

4. Gering genäherte 3200—3900 79,—

„ Kalben und Rühe. 104,—

25. 1. Vollfleischige, ausgemästete Kalben höchsten Schlachtwertes bis zu 7 Jahren 5200—5400 102,—

2. Mäßige, ausgemästete Rühe und gut entwickelte Rühe und Kalben 4400—4900 102,—

3. Gut genäherte Rühe und mäßig genäherte Kalben 3700—4300 100,—

4. Mäßig und gering genäherte Rühe und gering genäherte Kalben 2400—3000 85,—

II. Rüher.

426. 1. Doppelender 7500—7600 121,75

2. Beste Mäh. und Saugkalber 7100—7300 120,—

3. Mittlere Mäh. und Saugkalber 6500—7000 120,—

4. Geringe Rüher 111,—

III. Schafe.

3. 1. Mädelammer und jüngere Mädelamm 5800—6100 119,—

2. Mältere Mädelamm 5000—5700 119,—

3. Mäßig genäherte Mädelamm und Schafe (Mergelhaxe) 2800—4500 96,25,—

4. Hollsteiner Weldehammel 6500—6700 120,—

IV. Schweine.

223. 1. Vollfleischige der kleineren Rassen und deren Kreuzungen im Alter bis zu 1½ Jahren 1130—1150 146,—

2. Fleischschweine 1160—1180 146,25,—

3. Fleischige 1080—1120 146,—

4. Gering entwickelte 9700—1070 145,75,—

5. Sauen und Eber 920—1100 134,75,—

Ausnahmepreise über Notz.

Die Preise sind Marktpreise für nächstes Gewicht der Tiere und schließen Mietliche Spesen des Handels ab Stall, Brach, Markt- und Verkaufslokalen, Umlaststeuer, sowie den natürlichen Gewichtsverlust ein, ehe sie sich also wesentlich über die Stalppreise. Tendenz des Marktes: Schweine und Rüher mittel.

Wettervorhersage.

27. August: Teils heiter, später Wolken, strichweis Regen, warm.

28. August: Veränderlich, warm, strichweis Gewitter.

29. August: Wolken, teils Regenfall, ziemlich warm.

30. August: Sonne, Wolken, angenehm, windig, strichweis Regen.

31. August: Sonne, Wolken, warm.

1. Sept.: Heiter, tags warm.

2. Sept.: Raum verändert.

Turnverein Dippoldiswalde (D. T.)

Abschluß zum Sportfest in Gabernau Sonntag den 27. August für Teilnehmer an Wettkämpfen bis 5,14 für sonstige Teilnehmer 9,07 oder 12,17

Zahlreiche Beteiligung seitens der Turner und Turnerinnen ist dringend erwünscht.

Die am Donnerstag ausgefallene Pflichtturnstunde wird Montag abgehalten.